



UNTERNEHMERVERBÄNDE
NIEDERSACHSEN E.V.

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V., Schiffgraben 36, 30175 Hannover

Per Email: sabine.kahlert-kirstein@lt.niedersachsen.de

Niedersächsischer Landtag
Landtagsverwaltung
- Referat 7 "Plenum, Ausschüsse, Eingaben, Drucksachen" -
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Schiffgraben 36
30175 Hannover
Tel.: +49 511 8505-340
Fax: +49 511 8505-268
E-Mail: cme@uvn.digital
Internet: www.uvn.digital

Ihr Zeichen
II/719 - 0103 -
01/06

Ihr Schreiben vom
10.12.2024

Unser Zeichen
CME

Datum
07.01.2025

Stellungnahme der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung „De-Industrialisierung stoppen – Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen“ Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 19/5309

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN) bedanken sich für die Benennung zur Anhörung und die damit verbundene Möglichkeit zur Stellungnahme zur Drucksache 19/5309.

1. Einleitung

- **Würdigung des Antrags:**

Der Antrag der CDU-Fraktion ist ein zentraler Impuls, um die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens und Deutschlands zu stärken und die De-Industrialisierung zu stoppen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen adressieren wesentliche Problemfelder, die die deutsche Industrie belasten. Die beschriebenen Herausforderungen und die zitierten Zahlen und Studien können von Seiten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) und von den UVN bestätigt und weiter ausdifferenziert werden:

Deutsche Bank AG Kto. 040538100 BLZ 250 700 70 BIC: DEUTDE2HXXX IBAN: DE86 2507 0070 0040 5381 00
Commerzbank AG Kto. 327291100 BLZ 250 400 66 BIC: COBADEFFXXX IBAN: DE33 2504 0066 0327 2911 00
Postbank Hannover Kto. 0092216302 BLZ 250 100 30 BIC: PBNKDEFF IBAN: DE78 2501 0030 0092 2163 02

- **Niedersachsen als industrielles Rückgrat:**

Die Bedeutung der Industrie verdeutlicht der BDI in seiner Studie „Transformationspfade für das Industrieland Deutschland“ aus dem vergangenen September:

- Die deutsche Industrie ist mit einem Fünftel (zusammen mit den Industriedienstleistern sogar fast einem Drittel) der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung und rund 16% aller Erwerbstätigen eine wesentliche Säule des Wirtschaftsstandorts Deutschland.
- Dazu kommt, dass Niedersachsen eine Schlüsselrolle im deutschen Transformationsprozess spielt, insbesondere durch seine Schwerpunktbranchen Automobil, Maschinenbau, Chemie und Erneuerbare Energien. Laut des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums beträgt der Anteil der Erneuerbaren Energien rund 90 % des Stromverbrauchs. Jede 5. kWh Erneuerbarer Energie in Deutschland kam im Jahr 2023 aus Niedersachsen.
- Das hohe Potential an Erneuerbaren Energien ermöglicht eine regionale Wasserstoffproduktion, die für industrielle Prozesse genutzt werden können. Seehäfen ermöglichen den Import und die Verteilung von Wasserstoff, unterirdische Kavernen bieten Speichermöglichkeiten und eine ideale Logistikinfrastruktur unterstützt die Verteilung. Mit über 20 Forschungsinstituten und der starken industriellen Basis sowie erfahrenen Unternehmen und etablierten Netzwerken verfügt Niedersachsen über alle Voraussetzungen, um eine führende Rolle einzunehmen. Das Land ist mit rund 1.800 Kilometern Leitungslänge im besonderen Maße am deutschen Wasserstoffkernnetz beteiligt.

- **Dringlichkeit des Handelns:**

Die Dringlichkeit des Handelns zeigt sich an folgenden Zahlen, die der BDI im Rahmen seines Industrierichts 2024 und seinem letzten Quartalsbericht des vergangenen Jahres erhoben hat:

- Die deutsche Industrieproduktion ist seit drei Jahren rückläufig, mit einem weiteren Rückgang von -3 % in 2024.

- Zwischen 2019 und 2024 gab es einen Rückgang der Industrieproduktion um 5%.
- Die stärksten Rückgänge verzeichneten dabei der Fahrzeugbau (-10%) und der Maschinenbau (-8%), was vor allem für Niedersachsen von besonderer Bedeutung ist. Denn: Laut des Landesamts für Statistik Niedersachsen machen Fahrzeugbau (44,6%) und Maschinenbau (7,5%) zusammen mehr als die Hälfte Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Niedersachsen aus.
- Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe sind deutschlandweit im September 2024 binnen Jahresfrist um 2,5 % gesunken, die Investitionsquote bleibt mit 12 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weit hinter Ländern wie Schweden (16 %) zurück.
- Die Bruttoanlageinvestitionen sind im dritten Quartal 2024 preisbereinigt im Vorjahresvergleich um 2,3 Prozent gesunken. Dies war gleichzeitig der achte Quartalsrückgang in Folge.
- Andere EU-Länder haben sich schneller erholt: Frankreich und Italien verzeichnen seit 2019 ein BIP-Wachstum von +4% bzw. +5%, Deutschland stagniert hingegen.
- Deutschlands mittelfristige Wachstumsaussichten sind mit 0,4 Prozent pro Jahr besorgniserregend schlecht. Bei vielen zentralen Standortfaktoren ist Deutschland im internationalen Vergleich weiter zurückgefallen. In Deutschland zu investieren, ist für viele Unternehmen nicht mehr attraktiv.
- Die Transformationspfadestudie des BDI legt dar, dass hohe Energiekosten verbunden mit traditionellen Kostennachteile deutscher Unternehmen bei Lohnkosten, Steuern und Abgaben, der zunehmende Fachkräftemangel, immer umfassendere bürokratische Auflagen und geopolitische Unsicherheiten den Industriestandort Deutschland gefährden.

2. Herausforderungen und Risiken

1. Energiepreise und Strominfrastruktur:

- Deutschland hat weltweit eine der höchsten Industriestrompreise, die für Unternehmen ein großer Standortnachteil sind. Die Transformation des Energiesystems muss genutzt werden, um hier Wettbewerbsvorteile für die Industrie zu generieren.

- Laut des BDI-Papiers „Standort D mit Investitionen stärken“ ist der Investitionsbedarf in den Ausbau der Stromnetze angesichts der angestrebten Elektrifizierung großer Teile der Volkswirtschaft mit rund 600 Milliarden Euro (davon rund zwei Drittel in die Übertragungsnetze und ein Drittel in die Verteilnetze) sehr hoch.
- Energieintensive Branchen wie Chemie und Metallverarbeitung stehen besonders unter Druck auch vor dem Hintergrund hoher Gaspreise, die ihrerseits die Strompreise in die Höhe treiben.

2. Verkehrsinfrastruktur:

- Das deutsche Schienennetz muss einen substanziellen Investitionsstau aufholen. Deutschlands Schienennetz verfügt über eine hohe Netzdichte, hat aber nach Angaben der Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten ein Investitionsdefizit von 90 Mrd. Euro aufgebaut. Dringend notwendige Investitionen umfassen die Sanierung (v. a. marode Stellwerke, Weichen, Gleise und Brücken) und den notwendigen Neu- und Ausbau des Schienennetzes.
- Deutschland hat ein traditionell gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz, aber auch Straßen und Brücken weisen zunehmende Defizite auf. Trotz eines dichten und gut ausgebauten Straßennetzes nimmt die Qualität der Straßen kontinuierlich ab. Über 4.000 der rund 28.000 deutschen Autobahnbrücken sind laut der BDI-Transformationspfadestudie hochgradig sanierungsbedürftig.
- Auch Deutschlands Wasserstraßen haben erheblichen Modernisierungsbedarf. Wasserstraßen spielen eine wichtige Rolle beim Transport von Massengütern wie Kohle, Erz und Baustoffen. Allerdings sind viele Wasserstraßen und Schleusen veraltet und bedürfen dringend einer Modernisierung.

3. Fachkräftemangel:

- Laut aktuellen Schätzungen der BDI-Transformationspfadstudie betragen die jährlichen Kosten des Fachkräftemangels in Deutschland schon jetzt mehr als 90 Mrd. Euro – mit steigender Tendenz.
- Die BDI-Transformationspfadstudie demonstriert, dass der demografische Wandel bereits heute spürbar ist. 2030 wird sich die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüber 2021 um über 5 Mio. verringern. Diese Entwicklung wird sich durch den fortschreitenden Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer“) und die niedrige Geburtenrate der

letzten Jahrzehnte weiter verschärfen. Allein für die Umsetzung der Klimatransformation wird bis 2030 eine Fachkräftelücke von etwa 600.000 bis 750.000 Vollzeitäquivalenten geschätzt. Davon sind besonders Bereiche wie der Ausbau von Photovoltaikanlagen, Windkraft, Ladeinfrastruktur, die energetische Gebäudesanierung und der Wohnungsbau betroffen.

4. Investitionsschwäche:

- Die Handlungsempfehlungen der Transformationspfadstudie des BDI machen deutlich, dass Mehrausgaben für die Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit und die Förderung der privaten Investitionstätigkeit in den Feldern Infrastruktur, Bildung und Wohnen, für Klimaschutz und Transformation sowie für die Resilienz erforderlich sind. Der Gesamtbedarf über das nächste Jahrzehnt beläuft sich auf 375 - 395 Milliarden Euro.
- Das BDI-Papier weist auch auf die Bruttoinvestitionsquote Deutschlands hin, die mit 2,7 % des BIP im EU-Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

5. Globale Wettbewerbs Herausforderungen:

- Der Inflation Reduction Act (IRA) und die voraussichtliche Wirtschaftspolitik des zukünftigen Präsidenten Donald Trump, basierend auf den Erfahrungen seiner ersten Amtszeit, deuten auf eine verstärkte Priorisierung der Reindustrialisierung der USA hin. Dies könnte mit höheren Zöllen einhergehen und somit deutsche Exporte gefährden.
- Deutsche Unternehmen profitieren von Anpassungsfähigkeit, können jedoch langfristig durch protektionistische Maßnahmen benachteiligt werden. Zölle auf Importe und die Förderung der US-Reindustrialisierung stellen Herausforderungen dar, könnten jedoch Chancen für deutsche Technologieanbieter eröffnen, z. B. in Robotik und Automatisierung. Es gilt, die Lücken in der Zollmauer zu finden.

6. Bürokratische Belastungen:

- Die Bürokratie stellt für deutsche Unternehmen eine hohe Belastung dar. Allein die Informationspflichten nach nationalem Recht kosteten laut der BDI-Studie „Transformationspfade für das Industrieland Deutschland“ Unternehmen Anfang 2024 66,5 Milliarden Euro jährlich. Neue Berichts- und Nachweispflichten wie beispielsweise Lieferkettengesetze, Nachhaltigkeit, CBAM, Strom-Herkunftsnachweise, Abwärmepattformen, Umweltmanagementsysteme und Lobbytransparenzregister überfordern

Unternehmen und binden Arbeitskraft. Planungs- und Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen, Windkraftanlagen oder Infrastrukturprojekte sind in Deutschland in vielen Fällen extrem langwierig. Für die Transformation der Industrie braucht es bis 2030 zusätzliche 10.000 Genehmigungsverfahren und diese dauern bisher meist doppelt so lang wie gesetzlich vorgesehen.

- Mehr noch als der Rest der Industrie leidet der Mittelstand unter komplexen Prozessen und hohen bürokratischen Lasten. Ein Abbau bürokratischer Hürden sowie die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind für den Mittelstand daher von herausragender Bedeutung, nicht zuletzt um weniger personelle Ressourcen zu binden. Neben vielen anderen Ansätzen wird auch eine einfachere Lösung für die hohen bürokratischen Anforderungen und Berichterstattungspflichten etwa des CBAM oder der Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten nötig sein.

3. Handlungsempfehlungen

Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen:

- Das Bürokratieentlastungsgesetz IV auf Bundesebene muss erweitert werden und die Clearingstelle in Niedersachsen sollte gezielt gegen überbordende Bürokratie vorgehen.
- Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte, industrielle Transformationsprojekte und Rohstoffgewinnung müssen digitalisiert und vereinfacht werden.

Wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit:

- Zur kostengünstigen Versorgung der Industrie muss das Strommarktdesign flexibler und dezentraler werden. Rahmenbedingungen müssen für eine marktwirtschaftliche Teilhabe aller Energieträger sorgen, die eine kostengünstige Versorgung der Wirtschaft anreizt. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) sollte verlängert, und der Freileitungsvorrang aufgrund seiner finanziellen Vorteile gegenüber Erdkabeln eingeführt werden.
- Insbesondere die produzierenden Unternehmen benötigen wettbewerbsfähige und somit niedrigere Strompreise, die beispielsweise durch Senkungen der

Stromsteuer und der Netzentgelte erreicht werden können, um Transformationsprozesse zu sichern.

Ressourcen effizient nutzen und Kreislaufwirtschaft stärken:

- Niedersachsen sollte die Gewinnung von Primärrohstoffen vorantreiben und gleichzeitig Recyclingbaustoffe bei gleicher bautechnischer Eignung gleichwertig behandeln.
- Öffentliche Ausschreibungen sollten den Einsatz von Recyclingmaterial fördern.

Dekarbonisierung der Industrie durch CCUS unterstützen:

- Unternehmen in Niedersachsen und Deutschland setzen auf CCUS (Carbon-Capture, Usage and Storage) als essentielles Element der Dekarbonisierung. Niedersachsen sollte diese Bestrebungen unterstützen und die rasche Verabschiedung des geplanten "Kohlendioxid-Speicherungs- und Transportgesetzes" auf Bundesebene unterstützen und sich schon unter Kostengesichtspunkten auch für die Einlagerung in Deutschland offen zeigen.

Fachkräftesicherung und Bildungsinitiativen:

- Die Zuwanderungsprozesse für Fachkräfte müssen digitalisiert und beschleunigt werden. Zudem sollte die Umsetzung des komplexen Zuwanderungsrechts für Unternehmen und ausländische Bewerber übergreifend verbessert werden.
- Eine Bildungs-ID und der Ausbau von Jugendberufsagenturen sind entscheidende Maßnahmen, um Jugendliche frühzeitig zu fördern und in technische Berufe zu lenken.
- Erhöhung der Ausbildungsförderung in MINT-Fächern und technische Berufe, insbesondere durch stärkere Zusammenarbeit von Industrie und Bildungseinrichtungen.

Regionale Innovationskraft stärken:

- Der Aufbau von Innovationszentren für grüne Technologien, Industrie 4.0 und Start-ups sollte priorisiert werden, insbesondere in Regionen mit bestehender industrieller Infrastruktur.
- Niedersachsen kann als Modellregion für die Wasserstoffwirtschaft fungieren, wobei der Fokus auf Infrastruktur und Speichertechnologien gelegt werden muss.
- Zielgerichtete Förderung von Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, Robotik und CO₂-neutralen Technologien.
- Um deutsche und niedersächsische Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken und die Wirtschaftsleistung anzukurbeln, empfiehlt der BDI in seinem Grundsatzpapier zur Bundestagswahl 2025 die Senkung der Steuerbelastung von Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent.

Nachhaltige Finanzierung:

- Nachhaltigkeitsinvestitionen müssen stärker durch realwirtschaftliche Maßnahmen und Förderprogramme flankiert werden. Der Fokus auf die EU-Taxonomie und Sustainable Finance-Regelungen reicht nicht aus, um Investitionen in grüne Technologien effektiv zu steuern.
- Innovative Finanzierungsmodelle müssen Unternehmen bei der Transformation unterstützen, ohne überbordende Bürokratiekosten zu erzeugen.

RESET-Strategie als Leitfaden:

1. **R: Resilienz:** Stärkung von Lieferketten durch Diversifizierung und geopolitische Unabhängigkeit.
2. **E: Entschlossenheit:** Steuerliche Entlastungen und Innovationsförderung als Hebel für den globalen Wettbewerb.
3. **S: Standortvorteile:** Investitionen in regionale Cluster, z. B. für grüne Technologien in Niedersachsen (Net Zero Valley)

4. **E: Engagement:** Ausbau der europäischen Zusammenarbeit und strategischer Industriefonds, die sowohl auf Klimaziele als auch auf Wettbewerbsfähigkeit abzielen.
5. **T: Transformation:** Dekarbonisierung der Industrie durch klimafreundliche Technologien und Ladeinfrastrukturen.

4. Bedeutung für Niedersachsen

- **Regionale Stärken als Antwort auf globale Herausforderungen:** Eine modernisierte und ausgebauten niedersächsische Hafenlogistik und erneuerbare Energien sind zentrale Standortvorteile in einer globalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft.
- **Schlüsselbranchen stärken:** Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie sowie Erneuerbare Energien sind entscheidend für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Niedersachsen.
- **Clusterförderung:** Ansiedlung von Industrie 4.0 und Start-ups in Innovationszentren.

5. Fazit

- Der Antrag der CDU adressiert die richtigen Themen und setzt essenzielle Impulse. Niedersachsen kann durch gezielte Investitionen, energiepolitische Reformen und Innovationsförderung eine Vorreiterrolle übernehmen.
- Mit einer Kombination aus Ludwig Erhards Vision („*Wohlstand für alle‘ und ‚Wohlstand durch Wettbewerb‘ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.*“), der RESET-Strategie und einem klaren Maßnahmenplan kann Niedersachsen die Transformation erfolgreich gestalten sowie den Standort Niedersachsen und seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.
- Die Unternehmerverbände Niedersachsen unterstützen die Landesregierung und den Landtag bei der Erarbeitung und Umsetzung konkreter Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

Benedikt Hüppe
Hauptgeschäftsführer

Christopher Meisner
Referent Industrie- und Umweltpolitik